



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/2112/27 - 1. Februar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Das Geld ist weg !</u> Ein unmögliches Verfahren - Zur finanziellen Liquidation der "Freies Fernsehen G.m.b.H." Von Franz Borsig	97
3	<u>Byzantinische Revolution</u> Zur EWG-Debatte im Bundestag	51
4	<u>Sowjetische Reisesperren</u> Wer Haß sät, wird keine Liebe ernten	44
5 - 8	<u>Afrika sucht seinen Weg (IV)</u> Ober-Volta christlichsozial? Arm und verwirrend Von Günter Markscheffel, s.St. in Ober-Volta	178

\* \* \* \*  
\* \* \*

1. Februar 1962

## Das Geld ist weg!

Von Franz Barsig

Halten wir uns alle fest, die wir uns in den Glauben befunden haben, dass die Mittelgewährung für das verfassungswidrige Fernsehexperiment der Bundeskanzlerin könnte es noch dramatische Abstufungen im Deutschen Bundestag geben und letzten Endes könnte es soweit kommen, daß der Bundeskanzler aus seiner eigenen Tasche zahlen muß, was eigentlich nur leicht und billig wäre.

Die Dinge liegen ein wenig anders, denn das Geld ist schon lange ausgegeben worden, ohne dass das Bundesfinanzministerium es für nötig gehalten hat, die Öffentlichkeit zu unterrichten. Rufen wir uns die Dinge ins Gedächtnis:

Am 9. Dezember 1959 hat das Bundeskabinett beschlossen, der Freien Fernseh GmbH einen Auftrag zu erteilen und im Laufe der Zeit hat man dieser GmbH die Erstattung von Aufwendungen in Höhe bis zu 120 Millionen M. zugesagt. Es folgten die Haushaltsberatungen des Jahres 1961, in denen gegen den Widerspruch der SPD und der FDP ein sogenannter Leertitel in den Etat eingefügt wurde, weil die Bundesregierung erklärte, sie könne zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehen, welche Summe zur Liquidation der Freien Fernseh GmbH erforderlich ist, denn in der Zwischenzeit hatte das Bundesverfassungsgericht die Adenauer-Mattscheibe endgültig abgeschafft. Der Bundesfinanzminister hatte damals zugesagt, den Haushaltsausschuss auf den Laufenden zu halten. Dieser Verpflichtung ist er zwar nicht voll und manchmal erst nach Ermahnungen, aber immerhin nachgekommen.

Die Öffentlichkeit aber hat davon nichts erfahren. Sie wusste beispielsweise nichts davon, dass am 22. Juni 1961 der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages unter Leitung des CDU-Abgeordneten Dr. Vogel getagt hat und mit dem Stimmen der Mehrheit eine Vorlage des Bundesfinanzministeriums gebilligt wurde, nach der z.B. die Bankschulden der Freien Fernseh GmbH in Höhe von 52,5 Millionen DM abgedeckt wurden und dieselbe Mehrheit stimmte später auch zu, dass weitere sieben Millionen DM aus dem Bundesetat an die Freie Fernseh GmbH zur Abdeckung von Verbindlichkeiten gezahlt worden sind.

Tatsache ist also, dass der Bundesfinanzminister schon seit Mitte des vergangenen Jahres den Leertitel mit 59,5 Millionen DM in Anspruch genommen hat. Nach Aussage von Staatssekretär Hettlage vom 3. Dezember 1961 werden noch weitere Restverpflichtungen in Höhe von 7 bis 10 Millionen DM zu erfüllen sein, so dass zunächst auf der Minussseite ein Betrag von rund 70 Millionen DM steht.

Im Haushalt 1962 werden wir es wieder mit einem Leertitel zu tun haben, der aber - korrekter gesagt - ein Ansatz sein muss, denn an den Bund fließen jetzt Gelder zurück, etwa 17,4 Millionen DM aus dem Verkaufserlös für die Technik und rund 10 Millionen DM für die Programmkonserven, so dass man mit Einnahmen von etwa 27,4 Millionen DM rechnen kann.

Die genaue Abschlussrechnung liegt heute noch nicht vor, aber der schon zitierte Staatssekretär Hettlage schätzt, dass der Leertitel des Haushalts 1961 mit 43 bis 45 Millionen DM belastet sein wird.

Soweit die rechnerischen und haushaltsmäßigen Tatbestände. Politisch bleibt die ganze Angelegenheit ein Skandal, auch wenn bei den Haushaltsberatungen 1962 nun plötzlich Einnahmen auftauchen, die das Defizit

auf die genannte Summe von 43 bis 45 Millionen DM reduzieren. Selbst wenn der Bundesfinanzminister - damals noch Etzel - am 22. Juni 1961, als er sich von der willfährigen CDU-Mehrheit die Ja-Stimmen geben liess, meinte: "Wir werden aus dieser Sache sicher etwas gelernt haben", meinen wir, dass der deutsche Steuerzahler nicht dazu da ist, das Lehrgeld für verfassungswidrige Experimente von Dr. Adenauer zu bezahlen.

Leider ist die Möglichkeit nicht mehr da, die Freien Demokraten, die den Leertitel abgelehnt haben, bei der Etatberatungen des Jahres 1962 zu zwingen, Farbe zu bekennen und die entsprechende Summe nicht zu bewilligen, aber parlamentarisch ist noch nicht aller Tage Abend. Diese Posten werden noch Gegenstand der Rechnungslegung werden und in Rechnungsprüfungsausschuss und im Plenum besteht noch jederzeit die Möglichkeit, der Bundesregierung die Entlastung zu verweigern. Es bleibt auch abzuwarten, wie der Bundesrechnungshof sich zu dieser Affäre stellt, ob er damit einverstanden ist, dass man Steuergelder für verfassungswidrige Experimente in Anspruch nimmt, oder ob er es beispielsweise billigt, dass Herr Peter von Zahn einen 10-Millionen-Vortrag erhalten hat.

Die Freien Demokraten werden also durchaus noch Gelegenheit haben zu beweisen, ob sie zu ihrer Haltung bei den Etatberatungen 1961 stehen, obwohl es gewisse Bedenken gibt, denn Herr Zoglmann hat in der entscheidenden Sitzung des Haushaltsausschusses vom 22. Juni 1961 ein Plädoyer durchaus im Sinne der damaligen Bundesregierung gehalten. Bleibt nur noch am Rande zu erwähnen, dass auch die Deutschland-Fernseh GmbH Geld gekostet hat. Es sind zwar "nur" 63 000 Mark, aber wer im Bundeshaushalt den Tausender nicht ehrt, ist der Millionen und Milliarden nicht wert, und auch hier wird der Bundesrechnungshof genau zu prüfen haben, warum die Notariate- und Auflösungskosten dieser GmbH allein 4.500,-- DM betragen haben.

Man kann sich vorstellen, dass die deutsche Öffentlichkeit von diesen Mitteilungen ein wenig überrascht sein wird, denn alle haben gemeint, dass der Leertitel noch leer ist, während es sich herausstellt, dass bereits horrenden Summen gezahlt worden sind. Der Bundesfinanzminister hat in der Mitte des vergangenen Jahres in einer Aussprache der Beratungen keinen Sinn gesehen, weil er meinte, "bezahlter muss ich doch". Herr Etzel irrt, denn er bezahlt überhaupt nicht. Bezahlt hat der deutsche Steuerzahler und nach Auffassung der SPD zu unrecht, und so wird man alle noch vorhandenen Möglichkeiten ausnutzen müssen, damit das Geld wieder hereinkommt und die zur Verantwortung gezogen werden, die das verfassungswidrige Experiment gestartet haben. Letztlich aber wird man auch noch eine Aufklärung geben müssen - der Abgeordnete Ritzel verlangt sie schon seit langen Wochen - warum in der Freien Fernsehen GmbH in Liquidation noch im Oktober vergangenen Jahres Gehaltserhöhungen bis zu 500,-- DM pro Monat vorgenommen worden sind.

So anrüchlich das ganze Experiment von Anfang an war, so ist die SPD mit einem stillen Begräbnis nicht einverstanden.

### Europäische Revolution

39 - Der Bundestag hatte an Mittwoch dieser Woche einen guten Tag. Zur Debatte stand die Erklärung der Bundesregierung vom 24. Januar 1962 über die Beschlüsse des Ministerrats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Diese Beschlüsse, die den Eintritt in die zweite Phase des gemeinsamen Marktes vollzogen, sind von einer geradezu revolutionären Bedeutung. Sie ersetzen nationales Recht, hoben das Vetorecht auf und lassen von nun an das Prinzip der Mehrheitsentscheidung im Europäischen Ministerrat gelten. Die dadurch eingeleitete Entwicklung im Gebiet des Gemeinsamen Marktes ist unkorrigierbar.

Vor der Brüsseler Beschlüssen gab es Zögern und Unsicherheit; das ist nun vorbei. Die Unternehmer können jetzt besser planen und die Landwirtschaft steht vor einem Prozess der Angleichung, der gewiss auch unzulässige Aspekte hat, aber zur Entwicklung einer gemeinsamen agrarpolitischen Konzeption drängt, die die Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft auch im Gemeinsamen Markt sichert. Die Probleme der Angleichung sind selbst für den Fachmann schwer zu überschauen. Es wäre jedoch, wie der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Birkelbach sagte, ein Bärendienst an Europa, würde unter dem Motto des wachsenden Minigewerkes eine verteuerte Lebenshaltung eintreten. Das kann zwar, muss aber nicht sein. Hier wird die Sozialdemokratie besonders wachsam sein und die Regierung darauf drängen, alle Bestimmungen des komplizierten Vertragswerkes zugunsten einer Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards einzusetzen. Die Mahnung der sozialdemokratischen Abgeordneten Käthe Strobel und ihres Parteifreundes Martin Schmidt an den Landwirtschaftsminister, die Verbraucher rechtzeitig zu orientieren, den Angleichungsprozess der Landwirtschaft so durchzuführen, dass unvermeidliche Härten auf ein Mindestmaß beschränkt werden, verdient in diesem Zusammenhang besonders hervorgehoben zu werden. Auch der Umfang muss aufhören, in den Europäischen Gremien für sachbedingte Entschliessungen zu stimmen, die dann im eigenen Parlament als Stück Papier abgetan werden. So mancher Abgeordnete der Regierungspartei mag sich hier schuld bewusst an die eigene Brust schlagen!

Die deutsche Sozialdemokratie hat seinerzeit der Römischen Verträge, die zur Bildung der EWG führten, als Folge des unaufhaltsamen Zuges zur Grosarbeitswirtschaft zugestimmt. Deutsche Sozialdemokraten arbeiten an führender Stelle in den Europäischen Gremien mit und ihre Vorstellungen, Anregungen und Initiativen finden weite Beachtung. Der Bericht der politischen Kommission der EWG, von Willy Birkelbach verfasst, hat internationale Aufmerksamkeit erregt und die Diskussion über die Rolle der EWG in Europa und der Welt vertieft. Die Wirtschaftsgemeinschaft, wohl das kühnste Experiment in der europäischen Geschichte, darf nicht selbstgenügsam sein; sie muss ihre Tore auch für jene offenhalten, die sich ihr anschließen wollen, ohne dass sie, die EWG, dabei verwässert wird.

Übereinstimmung bestand bei allen Parteien des Bundestages auch darüber, das Gewicht des Europäischen Parlaments im Verhältnis zum Europäischen Ministerrat und der Kommission zu stärken. Erst die Demokratisierung der europäischen Institutionen wird dem in dieser Gemeinschaft vereinigten Volkern das Gefühl geben, an einem Werk mitarbeiten zu können, dessen Vollendung unerlässlich für die Selbsterhaltung unseres Kontinentes ist. Bis dorthin liegt noch ein weiter Weg, alle demokratischen Parteien sind bereit, ihn zu beschreiten - das war es, was diesen Mittwoch zu einem guten Tag im Deutschen Bundestag machte.

### Sowjetische Reisesperren

W.K. - Kürzlich wurde in einer LDPD-Versammlung in der Sowjetzone befragt, ob man "seine Verwandten im Westen abschreibe, wenn man sich selber dazu bekenne, jetzt keinen Antrag auf eine Reise nach Westdeutschland zu stellen". Der in Moskau geschulte LDPD-Funktionär Rudolf Agsten antwortete darauf.

Agsten nannte es Heuchelei, wenn die "Bonner Propaganda ausgerechnet uns bezichtigt, wir würden die Familienbarade zerreißen". Er behauptet, jeder "friedliebende westdeutsche Bürger" könne jederzeit die "DDR" besuchen, "ohne irgendwelche Gefahr" - umgekehrt sei das jedoch anders. Was bedeutet "friedliebend" im volksdemokratischen Sinn? Zu viele erkannten die Vieldeutigkeit dieses in der kommunistischen Sprache häufig vorkommenden Wortes erst, als sie viel Zeit zum Nachdenken hinter Kerengauern hatten. "Friedliebend" ist nach dem sowjetischen Sprachgebrauch schon gar nicht ein einziger der über drei Millionen Flüchtlinge, die ihrer Heimat, ihrem Hab und Gut den Rücken kehrten, weil sie die Freiheit suchten.

Noch keiner, der zu Verwandtenbesuch in die Bundesrepublik kam, ist von irgendeiner Behörde befragt oder gar belästigt worden. Und da kann man wirklich sagen und beweisen, daß das "umgekehrt anders ist". Was Agsten als Begründung der unmenschlichen Reisesperre von Verwandten zu Verwandten angibt, ist einfach lächerlich und nimmt ihm drüber ebenso weiner ab wie hier. Aber was er wirklich will, ist etwas ganz anderes. Er will das "Staatsbewußtsein" seiner Parteimitglieder "stärken", er möchte gern, daß sich der Bürger mit der sogenannten DDR identifiziert.

Agsten sagte, die "persönlichen Interessen hätten mit den gesellschaftlichen" - dies: kommunistischen! - "Übereinzustimmen". Er sagt dann weiter: "Weil ich damit bekenne, daß die nationale Politik der Regierung der DDR meinem Nationalbewußtsein als Deutscher, als Bürger des deutschen Friedensstaates entspricht." Wir möchten meinen, daß der Verwandten beiderseits der Mauer und des Stacheldrahtzaunes durch Deutschland weder diese "DDR" noch die Bundesrepublik dann interessiert, wenn sie das menschliche und verständliche Bedürfnis haben, sich gegenseitig zu besuchen.

Daß Kommunisten glauben, sie könnten menschliche Baude zerfetzen und im Zuge dieser Unmenschlichkeit Verständnis oder gar Liebe zu ihrem System züchten, ist einer ihrer größten Denkfehler. Gaudy, unsere Landsleute in Mitteldeutschland haben schon vieles verkraftet, sie haben manches hingenommen, weil ihnen nichts anderes übrig blieb. Wer aber glaubt, sie würden sich mit der Zeit an die Reisesperre gewöhnen können, wer meint, Unmenschlichkeiten schlifften sich im Laufe der Jahre ab, und sie würden dann erträglicher, der irrt schwer. Wer - wie es Ulbricht und seine Clique mit der generellen Reisesperre praktizieren - menschliches Leben derart vergewaltigt, der sät nur Maß. Und der wird dafür niemals Liebe ernten können.

## Afrika sucht seinen Weg (IV)

Ober-Volta christlichsozial? Arm und verwirrend

Von Günter Markscheffel, z.Zt. in Ober-Volta

Ouagadougou, die Hauptstadt von Ober-Volta, besteht aus zwei südlich voneinander getrennt gehaltenen Teilen. Der eine Teil ist so afrikanisch, wie man sich Afrika in Europa vorstellen mag. Brütende Hitze lastet auf staubigen Straßen, im Schatten liegen Kinder, Frauen und Männer, die sich ausruhen. Dazwischen flitzen europäische und amerikanische Wagen, deren Insassen oft so aussehen, als ginge sie das Leben hier nichts an. Und doch sind es keine "Touristen". Sie reisen in Ober-Volta lebenden Europäer haben sich eine Aufgabe gestellt. Entweder sind sie Techniker, Ärzte, Missionare, Lehrer oder Mitglieder einer der zahlreichen europäischen und amerikanischen Organisationen, die in Ober-Volta helfen wollen, neues Leben zu organisieren. Natürlich gibt es auch reiche Geschäftsleute, Überbleibsel der früheren Kolonialherren; sie und fallend viele Libanesen beherrschen Handel und Wandel. Schon wenige Tage Aufenthalt in Ouagadougou genügen, um die zwischen diesen beiden Gruppen von Nichtafrikanern bestehende Scheidewand zu erkennen.

### Keine Industrie

Ober-Volta ist arm. Seine etwa drei Millionen Einwohner leben zu 90 Prozent von einer wenig ergiebigen Landwirtschaft. Man kennt kaum moderne Bewirtschaftungsmethoden. Was erzeugt wird, muß den unmittelbaren Familien- oder Stammesbedarf decken. Privateigentum an Grund und Boden gibt es kaum. Deswegen muß die Staatsführung auch hier den Genossenschaftsgedanken fördern, sie muß alte Familien- und Stammestraditionen der Gemeinwirtschaft zur Grundlage eines neuen Gesellschaftsaufbaues und einer neuen Ökonomie machen.

Da es in Ober-Volta kaum Industrie gibt, haben die Gewerkschaften keine Bedeutung. Nur unter der früheren französischen Verwaltung konnte eine gewerkschaftsähnliche Organisation von Behördenangestellten, Eisenbahnern und einigen wenigen Arbeitern eine Art Gewerkschaftsorganisation aufrechterhalten. Seit der Lage der Unabhängigkeit jedoch versucht die Staatsführung diese Ansätze der früheren Gewerkschaftsbewegung zu einem der Pfeiler des Staatsaufbaues und der Neuordnung zu machen.

### Welt der Widersprüche

Solange man sich in der alten Stadt Ouagadougou bewegt, wo Lehmbütten und kleine Strohhäuschen in der Mehrzahl sind, merkt man vor der neuen Zeit nicht viel. Aber schon einige hundert Meter davon entfernt, erhebt sich die neue Stadt. Für die Armut des Landes unverhältnismäßig kostspielige Verwaltungs- und Regierungsgebäude, der Neubau eines großen internationalen Hotels, Ministerien und das Präsidentenpalais erinnern an eine unmögliche Kulisse, die gar nicht in das normale Leben paßt. Wenn man dann noch auf den breit angelegten Boulevards Frauen mit nacktem Oberkörper und splinternackte Kinder vorbeiziehen sieht, fühlt man sich in das Zentrum einer Welt voller Widersprüche versetzt.

In Ouagadougou, aber auch in Lance draußen ist man gut christlich. Auf Schritt und Tritt begegnen einem die Missionschulen, katholische und protestantische Bethäuser und sanitäre Einrichtungen, die in frühe-

von Jahren bestimmt dem Volk von Ober-Volta zum Segen gereicht haben. Nur wenn auch mein Chauffeur stolz darauf verweist, daß er katholisch getauft wurde und des Lesens und Schreibens kundig sei, so antwortet er auch auf die Frage, ob er eine oder mehrere Frauen habe, mit ruhiger Selbstverständlichkeit: "Ich habe drei Frauen". Als ich vorsichtig zu erfahren versuche, ob dann der Herr Pfarrer nichts dagegen einzuwenden habe, blickt mich mein Begleiter erstaunt an. Er hat diese Frage offenbar gar nicht verstanden. Kern - wie ich später erfahre - haben es die Missionare aufgegeben, ihren Schützlingen das christliche Ideal der Monogamie zu predigen.

Das hat seinen Grund. Die Frau ist in vielen Ländern Afrikas eine sehr wichtige Arbeitskraft für die Familie. Oft muß sie stundenlang laufen, um Wasser zu finden. Mit einer Frau allein könnte also ein Familienvater kaum seinen kleinen Hausstand zusammenhalten. Dann spielt auch die große Kindersterblichkeit eine Rolle. Im allgemeinen sterben auch Leute noch in Ober-Volta bis zu 40 % der Neugeborenen, bevor sie das Alter von zwei Jahren erreicht haben. Der Nahrungsmangel ist so groß, daß die meisten Mütter versuchen, ihr Kleines mindestens anderthalb Jahre selbst zu säugen. Während dieser Zeit schont der Mann die Mutter des Kindes. Ihr wird die leichteste Arbeit zugewiesen, sie darf sich nur um das Kind kümmern. Die Missionare wissen das natürlich alles, und, obwohl die Polygamie den christlichen Grundsätzen widerspricht, muß man wohl oder übel auch heute noch den in Ober-Volta gegebenen Zustand anerkennen. Würde man ernsthaft versuchen, ihn mit der Taufe zu ändern, müßte man damit rechnen, die neugewonnenen Christen wieder zu verlieren.

#### Gespräch mit dem Präsidenten

Die führenden Männer der jungen Republik Ober-Volta sind meist selbst Christen. Viele von ihnen haben mittlere Missionsschulen besucht und ich konnte mit einigen sprechen, deren Bildungsniveau durchaus auf der Höhe eines gutgebildeten Europäers ist. Vielleicht kommt es daher, daß man in Ober-Volta eher geneigt zu sein scheint, gewisse abendländische Vorstellungen vom Aufbau der neuen Gesellschaft zu übernehmen. Es wäre aber falsch, wollte man behaupten, daß die heute an der Spitze des Staates stehenden Männer darauf verzichten würden, ihre uralten Stammes-eigenarten plötzlich anzugeben. Der Staatsoberhaupt ist im Grunde für die meisten Einwohner des Landes immer noch der Stammesfürst, die Minister, hohe Verwaltungsbeamte, von denen viele hervorragende europäische Schulen besucht haben, fühlen sich nach wie vor mit ihrem Stamm verbunden und versuchen nur ganz langsam, seit der Unabhängigkeit zu einer Veränderung der Gesellschaftsstruktur zu kommen.

Als ich mit dem Präsidenten der Republik, Yameogo, in dessen Arbeitszimmer spreche, habe ich das Gefühl, in Paris vor einem hohen Beamten des Außenministeriums zu sitzen. An der Wand hängt das Bild des französischen Staatspräsidenten de Gaulle mit einer persönlichen Widmung. Das Arbeitszimmer des Präsidenten ist mit letzter Raffinesse eingerichtet. Der Präsident spricht ein äußerst gepflegtes Französisch und manchmal hat man den Eindruck, daß er ganz über den Dingen steht, wenn er die Probleme seines Landes und seines Volkes erläutert.

#### Funktionäre sind Häuptlinge

Er sagt ganz offen, er habe die Stammshäuptlinge seines Landes zu Bezirksfunktionären der Einheitspartei gemacht. Während sie draußen noch

die Würde des Häuptlings genießen, sind sie in Wirklichkeit doch Staatsbeamte. Wo man nicht einsehen wollte, daß dies notwendig sei, habe man "sanfte Gewalt" angewandt. Gewiß, es sei niemandem ein Haar gekrümmt worden, aber man habe den Häuptlingen doch begreiflich zu machen gewußt, daß eine neue Zeit angebrochen sei. Eine Opposition, so sagt der Präsident, könne sein Land im Augenblick nicht brauchen. Wir müssen der Masse unseres Volkes erst einmal klarmachen, daß unser Staat nur leben kann, wenn alle seine Bürger fest mit anpacken und sich willig in die neuen Lebensformen einfügen. Dazu gehören so einfache Dinge wie der Versuch, der Landesbevölkerung beizubringen, daß man ein Feld nicht einfach abrennt, wenn man es abgeerntet hat und dann weiterzieht. "Wir müssen auch überall erst einmal Schulen bauen, damit die neue Generation überhaupt die Möglichkeit erhält, das, was wir als Staats- und Parteiführung für notwendig halten, selbst zu lesen und in sich verarbeiten zu können."

Auf die Frage, ob die Hilfe aus Europa und Amerika gerne akzeptiert wird, kommt ein klares Ja. Man sei auf diese Hilfe angewiesen, sagt der Präsident, ganz gleich, ob sie in Form von langfristigen Krediten oder in Form von hilfsbereiten Technikern, Ärzten, Lehrern und anderen Fachleuten gebracht wird. Aber täuschen Sie sich nicht, wir wollen das alles wieder zurückzahlen; wir brauchen eine Starthilfe und werden versuchen, im Laufe der nächsten fünfzehn Jahre so viel an neuer Organisation in Stadt und Land zu entwickeln, daß wir dann wirklich unsere Freiheit haben."

Die Frage nach politischer oder anderen Ideologien in der Republik Ober-Volta wischt der Präsident mit einer Handbewegung weg. "Wir brauchen Wasser, wir brauchen Schulen, wir brauchen Straßen, und wir brauchen vor allem Menschen, die ihr Land lieben und zu der äußeren Freiheit, die wir jetzt haben, auch die innere Freiheit als Nation erwerben wollen."

Staatsführung und Einheitspartei haben gerade jetzt einen Fünfzehnjahresplan aufgestellt, durch den in drei Etappen von je fünf Jahren die von Präsidenten angesetzten Ziele erreicht werden sollen. "Vielleicht", so meint der Staatschef vorsichtig, "wird sich daraus eine Art humanitärer Sozialismus entwickeln, eine Form der ökonomischen und gesellschaftlichen Einheit unseres Volkes, die aus unserer Eigenarten mit allen unseren Schwächen und Stärken entstehen wird".

Es ruhmort

Als ich das Präsidentenpalais verlasse, salutiert am Portal eine in alter französischer Kolonialuniform gekleidete Wache. Im Vorhof des Palais steht ein funkelnder Cadillac, ein Geschenk der amerikanischen Regierung zum ersten Gedenktage an die Erlangung der Unabhängigkeit. Am Abend frage ich einen afrikanischen Freund, ob denn niemand in diesem armen Volk den Aufwand der Staatsführung kritisiere. Er zuckt nur mit den Achseln und sagt ganz beiläufig: "Wissen Sie, bei uns ist das so. Der Staatschef ist der Chef. Wenn er ein schönes Auto hat, freut sich das ganze Volk. Für die meisten meiner Landsleute gilt ein Unserem Präsidenten gemachtes Geschenk auch als ein Geschenk für sie selbst. Sie fühlen sich dadurch ebenfalls geehrt."



Sicher hat der Mann recht. Denn eine ähnliche Antwort gaben mir auch in anderen Ländern Afrikas einfache Menschen, die ich daraufhin ansprach. Allerdings rumort es auch in der Republik Ober-Volta. Es gibt nicht wenige in Frankreich auf hohe Schulen gegangene junge Afrikaner, die jetzt zurückkommen und begierig sind, die alten Kämpfer der Unabhängigkeitsbewegung beiseitezuschieben. Um Präsident Yameogo herum hat sich jedoch eine Führungsgruppe gebildet, die zunächst das stürmende Vordringen der jungen Elemente aufhält. Wie lange noch? Niemand weiß es zu sagen. Die weisen Männer aus dem Stamm, aus der großen Familieneinheit, sind fest entschlossen, keine Disruptionen zuzulassen. Sie werden sicher auch sehr hart durchgreifen, wenn es notwendig werden sollte. Ihnen zur Seite stehen - fast unsichtbar - die alten Missionare mit ihren großen Afrikaerfahrungen. Es soll alles möglichst christlichsozial bleiben...

### Ein afrikanischer Weg

Verwirrung aber auch hier. Es gibt europäische Christen, die gerade in der Republik Ober-Volta Inseln der modernen und aufopfernden Nächstenliebe bilden. Angelockt durch ein Schild "Chez Fanny" gehe ich in ein Restaurant. Zuerst glaube ich, in einer der alten Anniernkneipen aus der Kolonialzeit zu sein. Es gibt eine Bar mit Hokenern, dahinter sitzen gutgekleidete Europäerinnen und man bekommt jedes nur denkbare Getränk; vom Apfelsaft über Whisky bis Sekt. Trotzdem spürt man bald, daß hier eine besondere Atmosphäre herrscht. Die "Bardamen" sind junge gebildete Pariserinnen, meist Bekannte von Arbeiterpriestern, die in Afrika zeigen wollen, daß es in Europa noch aufopferungswillige Menschen gibt, die *r a d i k a l* mit *d e r* Art von Kolonialismus gebrochen haben. Sie wollen in ihrem Restaurant und durch die Atmosphäre, die sie verbreiten, die Prostitution und den Mißbrauch des Alkohols bekämpfen. Vormittags erteilen sie unentgeltlichen Schulunterricht. Die Afrikaner sprechen nur mit Hochachtung von diesen Frauen.

Nachdenklich verlasse ich Ouagadougou. In der Republik Mali sehen viele Europäer und Amerikaner ein "kommunistisches" Land. In Nachbarschaft Ober-Volta spricht man von christlich-sozial.

Zwei Länder, zwei Wege - und doch ein afrikanischer Weg.

- + +

Verantwortlich: L.V. Albert Exler